Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 116 (1983)
Heft: 22

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Berner Schulblatt L'Ecole bernoise 22

Organ des Bernischen Lehrervereins
116. Jahrgang. Bern, 28. Oktober 1983

Organe de la Société des enseignants bernois
116e année. Berne, 28 octobre 1983

Aufruf an unsere Mitglieder

Wir helfen sparen!

Der KV BLV stellt zu den soeben angelaufenen obligatorischen Einführungskursen in den neuen Lehrplan folgendes fest:

- **Er ist erstaunt, dass auf Einladungen zu den obigen Veranstaltungen eine Spesenvergütung ausdrücklich wegbedungen wird. Dieses Vorgehen missachtet geltendes Recht.** Artikel 15 des Dekrets über die Fortbildung der Lehrerschaft sagt: «Für obligatorische Kurse trägt der Staat die Kosten... und vergütet die Spesen der Teilnehmer.»
- **Der KV ist aber andererseits der Meinung, hier könne gespart werden.** Er schlägt seinen Mitgliedern vor
  - bei Beginn der Einführungskurse zum freiwilligen Verzicht auf die gesetzlich vorgeschriebenen Entschädigungen aufzurufen
    und
  - gleichzeitig via Inspektoren die ED einzuladen, die so eingesparten Gelder der freiwilligen Lehrerfortbildung gutzuschreiben.

Mit diesem Schritt bekundet die Lehrerschaft ihren Sparwillen. Er bedeutet aber keinesfalls einen generellen Verzicht auf die Leistungen gemäss Artikel 15.

Der Kantonalvorstand BLV

Einseitige Sparmassnahmen!

In einem Brief vom 19. September 1983 an den Bernischen Erziehungsdirektor äussern sich die Teilnehmer des 8. Semesterkurses zum Thema «Sparmassnahmen und Lehrerfortbildung» wie folgt:

Sehr geehrter Herr Regierungsrat,

wir stehen vor Abschluss unseres Semesterkurses, der für uns alle eine überaus fruchtbringende und bereichernde Zeit dargestellt hat. Sich nach Jahren der Praxis selbst unter die Lupe nehmen; seine eigene Schularbeit gemeinsam kritisch würdigen; Fachgebiete vertiefen und neue Möglichkeiten und Tendenzen kennenlernen; das war für uns alle eine beglückende Erfahrung, die uns mit neuem Mut starten lässt.

Wir möchten den Verantwortlichen auf allen Stufen dafür ganz herzlich danken, dass sie den Weitblick haben, die rekurrente Bildung in unserem Kanton grosszügig zu unterstützen. Wie gefährlich Routine werden kann, beim Lehrer und anderswo, merkten wir erst, als wir ihr systematisch auf den Leib rückten.

Die Lehrerfortbildung ist auf Grund der Sparmassnahmen der Regierung ins Gespräch gekommen. Wenn auch die Semesterkurse bis jetzt davon verschont geblieben sind, erlauben wir uns doch, an diesem Gespräch teilzunehmen. Es ist unserer Meinung nach grundsätzlich falsch, gerade bei der freiwilligen Weiterbildungsarbeit mit Sparen zu beginnen. *Eine Beschränkung auf sogenannt wesentliche Kurse ist kaum möglich, sind doch die Bedürfnisse je nach Schultyp, Fach, Stufe usw. sehr verschieden. Und Horizonterweiterung ist für den Lehrer gerade so wichtig wie vertieftes Fachwissen.*

Wer sich mit der Lehrerfortbildung gründlich auseinandersetzt, wird erkennen, dass hier seriöse Arbeit geleistet wird, die sich in weite Bereiche von Schule und Erziehung fruchtbringend auswirkt, auch wenn sie sich nicht direkt in Franken und Rappen umrechnen lässt.

Sparen ist nötig. Dass aber die Regierung echte Sparmassnahmen ausschliesslich im Bereich Erziehung und erst noch zu einem beträchtlichen Teil bei der Lehrerfortbildung vorsieht, scheint uns unangebracht – besonders noch zu einem Zeitpunkt, wo ein neuer, vielseitiger Lehrplan neue Möglichkeiten eröffnet, aber auch intensive Fortbildung erfordert.

In diesem Sinne, sehr geehrter Herr Regierungsrat, bitten wir Sie und die Regierung, möglichst bald auf die angekündigten Sparmassnahmen zurückzukommen.

Wir danken nochmals für das recht strenge und lehrreiche Halbjahr.

Mit freundlichen Grüssen:
8. Semesterkurs 1983
(mit 23 Unterschriften)

Inhalt – Sommaire

Aufruf an unsere Mitglieder ... 273
Einseitige Sparmassnahmen! ... 273
Zum Gedenken – Hans Rychen, Wilderswil ... 274
Bernische Weiterbildungsklassen ... 274
Vereinigung ehemaliger Schüler des Staatsseminars Bern-Hofwil ... 275
Bernischer Gymnasiallehrerverein ... 276
Bernischer Verband für Sport in der Schule ... 276
Für unsere Unterstufe ... 276
Ehemalige als Künstlerinnen ... 276
Kind, Krankheit und Krankenhaus ... 277
Am Carlo sy usgflippti Musig ... 277
Kunst für Kinder ... 277
Reisen ins Paradies? ... 277
Bernische Lehrerversicherungskasse ... 278
Caisse d'assurance du corps enseignant bernois ... 278
Assemblée des délégués de la SEJB ... 279
Nouvelles du Centre de perfectionnement ... 279
Français: Compléments méthodologiques 5 et 6 ... 279
Croix-Rouge suisse, Service Jeunesse ... 280
Mitteilungen des Sekretariates ... 280
Communications du Secrétariat ... 280

Zum Gedenken

Hans Rychen, Wilderswil

Rasch tritt der Tod den Menschen an,
es ist ihm keine Frist gegeben...

So hatte er es sich immer gewünscht: ohne lange Krankheit und ohne lange Leidenszeit aus diesem Leben scheiden zu dürfen. Dieser Wunsch wurde ihm erfüllt – Hans Rychen erlag am 31. Mai einem Herzversagen.

Mit den Angehörigen, die so unvermittelt ihren Gatten, Vater und Grossvater verloren, trauerte ein Grossteil der Gemeinde Wilderswil. Auch 13 schon ergraute Kameraden der 92. Promotion des Staatsseminars Hofwil-Bern nahmen Abschied von ihrem Freund Hans und waren ergriffen von der grossen Anteilnahme der Bevölkerung und von der erhebenden Abdankungsfeier. Hans hatte sich besonders in den letzten 15 Jahren intensiv um unsere kleine Gemeinschaft gekümmert. Auf vielen Zusammenkünften und schönen Reisen lernten wir ihn als fröhlichen Menschen kennen, der seine angeschlagene Gesundheit mit manchem träfen Wort oder leichten Scherz zu überspielen suchte. Wir spürten, dass er sich in unserer Runde wohl fühlte und danken ihm für seine Treue.

Hans Rychen ist 1911 in Wilderswil zur Welt gekommen; sein Vater war Schuhmacher und Portier, daneben betrieb er etwas Landwirtschaft. Als zweitjüngstem unter sieben Kindern wurde dem Sohn der Besuch des Lehrerseminars ermöglicht. Nach der Patentierung, in der Krisenzeit der frühen dreissiger Jahre, war es für einen jungen Lehrer schwer, eine Stelle zu finden. Nach Stellvertretungen in Schelten, Erlach, Twann und Gimmelwald wurde er dann definitiv an die Schule seines Heimatdorfes Wilderswil gewählt. Dort unterrichtete er über 40 Jahre, von der Aufgabe beseelt, seinen Schülern nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern ihnen bleibende Werte auf den Lebensweg mitzugeben.

1937 trat er in den Ehestand mit Marie Schaad, welche ihm vier Söhne schenkte. Längst haben alle vier ihre eigenen Lebensaufgaben gefunden und im Kreise ihrer Familien, mit den zahlreichen Enkelkindern, erlebten die Grosseltern viel Freude.

In der Gemeinde begann Hans an seiner politischen Karriere zu arbeiten. Als Mitglied der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei – heute SVP genannt – setzte er sich für den einfachen Mann und besonders für die Bergbauern ein, deren Sorgen und Bedürfnisse er aus eigenem Erleben kannte. Er wurde Gemeindepräsident, bekleidete dieses Amt zwölf Jahre, aber auch die Burgergemeinde ernannte ihn zu ihrem Präsidenten. Durch dieses Wirken wurde er einem weiteren Kreise – der Region – bekannt. Es war denn auch nicht erstaunlich, dass Hans Rychen 1958 in den bernischen Grossen Rat gewählt wurde. Während zwölf Jahren vertrat er vehement die Interessen seiner heimischen Bevölkerung im Rathaus zu Bern.

Als Ausgleich zu dieser vielseitigen Tätigkeit – es waren noch das Präsidium der Partei sowie Mitarbeit im Verwaltungsrat der Ersparniskasse des Amtsbezirkes Interlaken dazugekommen – pflegte er mit den Sängerkameraden der Männerchöre Wilderswil und Interlaken frohe Geselligkeit und gehörte bis zu seinem Tode zu deren getreuen Aktivsängern.

Nach den vielen Jahren eines vorbehaltlosen Einsatzes für Familie, Schule und das Gemeinwohl genoss er schöne Jahre des Ruhestandes mit seiner lieben Gattin. Sein einzigartiges Wissen über Vergangenheit und Gegenwart seines Dorfes liess ihn bis zuletzt mit Hingabe mitarbeiten an der geplanten Sammlung der Mundartausdrücke im Bödeli.

Mit Hans Rychens Tod ist ein reich erfülltes Leben zu Ende gegangen. Wir versichern die trauernden Familien unserer wärmsten Teilnahme und hoffen, dass das Wirken der Söhne des lieben Verstorbenen im Sinne ihres Vaters geschehen möge.

Für die Kameraden der 92. Promotion:
Robert Studer, 3123 Belp

Bernische Weiterbildungsklassen

Die bernischen Weiterbildungsklassen (WBK) vermitteln fähigen und lernwilligen Primarschülerinnen und -schülern diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten, die ihnen eine berufliche Ausbildung mit erhöhten Ansprüchen ermöglichen. Sie unterstützen in Zusammenarbeit mit der Berufsberatung die Schüler bei der Berufsfindung.

Unterricht

Der Unterricht umfasst folgende Fächer:

Deutsch und deutsche Korrespondenz
Französisch
Zweite Fremdsprache
Rechnen
Algebra
Geometrie
Technisches Zeichnen
Physik
Chemie
Staats- und Wirtschaftskunde
Berufs- und Lebenskunde
Zeichnen und Werken
Singen
Musik
Sport
Maschinenschreiben

Die einzelnen Fächer können je nach der Zusammensetzung der Klasse obligatorisch oder fakultativ erklärt werden. Die Mädchen haben ausserdem Gelegenheit, während des Weiterbildungsjahres den freiwilligen hauswirtschaftlichen Fortbildungskurs (entspricht dem 5-Wochen-Kurs) zu absolvieren.

Finanzielles

Schulgeld wird keines erhoben. Auswärtigen kann an

die Kosten der Reise, Verpflegung und evtl. Unterkunft ein Stipendium gewährt werden.

Aufnahme

Die WBK stehen offen:

- Schülern, deren Berufsziel eine Weiterbildung erfordert
- Schülern, denen trotz Eignung der Besuch einer Sekundarschule nicht möglich war

Die Schüler treten im Anschluss an die obligatorische Schulzeit in die WBK über. Andere Anwärter können nur ausnahmsweise zugelassen werden.

Die Voraussetzung zum Eintritt in die WBK erfüllt, wer das Pensum des 9. Primarschuljahres mit guten Leistungen abgeschlossen hat.

Jeder Anwärter hat eine Aufnahmeprüfung zu bestehen. Diese umfasst in der Regel die Fächer Deutsch, Französisch und Rechnen und ein Prüfungsgespräch.

Anmeldung

Die Anmeldung erfolgt auf amtlichem Formular durch den Bewerber persönlich. Anmeldetermin ist der 31. Oktober. Eine Anmeldung an mehreren Orten ist nicht möglich. Für weitere Auskünfte und für den Bezug von Formularen wende man sich an:

Adressliste Anmeldungen WBK

Bern-Monbijou	Städtische Schuldirektion, Seilerstrasse 4, 3011 Bern	031 64 61 11
Bern-Tscharnergut	Städtische Schuldirektion, Seilerstrasse 4, 3011 Bern	031 64 61 11
Biel	Städtische Schuldirektion, Zentralplatz 49, 2502 Biel	032 21 24 18
Burgdorf	Weiterbildungsklassen Burgdorf, Heimiswilstrasse 11, 3400 Burgdorf	034 22 94 36
Helgisried	Fritz Guggisberg, Stygenacker, 3088 Rüeggisberg	031 80 04 45
Herzogenbuchsee	Erwin Lüthi, Lanzenbühlweg 2, 3360 Herzogenbuchsee	063 61 57 45
Huttwil	Peter Rettenmund, Roggenweg 5, 4950 Huttwil	063 72 20 62
Köniz	Herbert Zaugg, Schaufelweg 74, 3098 Schliern	031 53 83 35
Konolfingen	Bendicht Kummer, Thunstrasse 62, 3510 Konolfingen	031 99 00 14
Langenthal	Hugo Widmer, Haldenstrasse 71, 4900 Langenthal	063 22 39 51
Langnau	Günter Fischer, Kreuzstrasse 23, 3550 Langnau	035 2 32 45
Ostermundigen	Walter Heger, Dennigkofenweg 208, 3072 Ostermundigen	031 51 38 64
Spiez	Heinz Hertig, General-Guisan-Strasse 7, 3700 Spiez	033 54 47 55
Sumiswald	Hans Ulrich Schafroth, Mauer, 3454 Sumiswald	034 71 27 58
Thun	Fritz Keller, Riedstrasse 43a, 3626 Hünibach	033 23 32 73
Unterseen	Alfred Gafner, Stadtfeldstrasse 35, 3800 Unterseen	036 22 88 39
Worb	Walter Bühlmann, Nünenenstrasse 2, 3076 Worb	031 83 46 71
Zollikofen	Urs Schweingruber, Gurtenfeldstrasse 7, 3053 Münchenbuchsee	031 86 32 72
Zweisimmen	Klaus Burkhalter, Halten, 3770 Zweisimmen	030 2 26 18

Hugo Widmer, 4900 Langenthal

Vereinigung ehemaliger Schüler des Staatsseminars Bern-Hofwil

Protokoll der Jahrestagung vom 27. Dezember 1982 im Casino, Bern

Der Präsident, Hans Schenk, begrüsst ungefähr 250 Ehemalige und zahlreiche Gäste, darunter die HH. M. Keller, 1. Direktionssekretär der ED, U. Kramer, Vorsteher der Abteilung Unterricht, H. Steiner, Präsident der Seminarkommission, sowie einige Kommissionsmitglieder, Delegationen der Seminarvereinigungen und die Vertreter der Presse. Die Regierungsräte H. L. Favre und Dr. B. Müller sowie Schulinspektor A. Jenzer, Seminardirektor H. Wyss und Lehrersekretär M. Baumberger lassen sich entschuldigen.

Das Beresinalied leitet über zur

Hauptversammlung.

Das **Protokoll** der Tagung vom 28. Dezember 1981 wird stillschweigend genehmigt.

Der Präsident weist in seinem **Jahresbericht** auf die *Neukonstituierung des Vorstands* hin, erläutert die Stellungnahme des Vorstands betreffend *Hochschulzugang für Seminarabsolventen* und gibt den Inhalt der befürwortenden *Eingabe an die Erziehungsdirektion* bekannt.

Aufgrund zahlreicher mündlicher und schriftlicher Meinungsäusserungen seitens der Promotionen und nach einer juristischen Überprüfung konnte die Endfassung der *neuen Statuten* vorgenommen werden. Eine wichtige Änderung stellt *die Gründung eines Dachverbandes* dar, die im Laufe des neuen Jahres stattfinden soll.

An den Feierlichkeiten *«150 Jahre Staatsseminar»* beteiligen sich die Ehemaligen mit der Herausgabe dreier *Kunstblätter*. Sie übernehmen das Patronat über die *Konzerte der Chorgemeinschaft Kirchdorf* und sichern einen Beitrag an das *Jubiläumskonzert der Seminare Bern und Hofwil* zu. Noch offen ist die Herausgabe einer Anthologie über bernische Lehrer als Kunstschaffende oder eines Lyrikbandes.

Die **Vereinsrechnung** wird von W. Zaugg präsentiert und diskussionslos genehmigt. Im Hinblick auf das Jubiläum wird der *Mitgliederbeitrag für 1983 auf Fr. 10.— erhöht*. Trotz ausstehender Mitgliederbeiträge von über Fr. 12000.— beträgt das Vermögen der *Vereinskasse* Fr. 18530.—, des *Hilfsfonds* Fr. 21218.— und der *Reisestiftung* Fr. 46152.—, total Fr. 85890.—.

F. Herrmann gedenkt der 28 verstorbenen Kollegen. Eine neue Promotion kann als Folge der verlängerten Primarlehrerausbildung nicht aufgenommen werden.

Beratung der Statuten

Ein Antrag zur Abänderung des Zweckartikels wird verworfen. Unklarheit besteht bezüglich der Mitgliedschaft. Nach kleinen redaktionellen Änderungen und gestützt auf die Erleichterungen für künftige Revisionen werden *die neuen Statuten* ohne Gegenstimme bei einigen Enthaltungen angenommen. Einstimmig wird auch das *Reglement für den Hilfs- und Förderungsfonds* genehmigt.

* * *

Am Nachmittag erfreuen die *Swiss Clarinet Players* mit Christoph Ogg (138. Prom.), Kurt Weber, Walter Stauffer und Andreas Ramseier unter Mitwirkung von Ingrid Frauchiger eine stattliche Schar von Ehemaligen und Angehörigen. Es kommen Werke von W.A. Mozart, H. Birtwistle, F. Farkas und L. Dallapiccola zur Aufführung.

Der Präsident: H. Schenk
Der Protokollführer: H. R. Weibel

(Eine Zusammenfassung des Vortrags von Herrn Max Keller zur Bildungsreform folgt im nächsten BSB. Die Redaktion)

Bernischer Gymnasiallehrerverein

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Im Namen des Vorstandes lade ich Sie ein zur **Delegiertenversammlung** auf *Mittwoch, den 2. November 1983, 9.30 Uhr* in der Aula des Deutschen und Französischen Gymnasiums Biel, Ländtestrasse 8.

Traktanden

1. Begrüssung, Konstituierung, Mitteilungen
2. Protokoll der DV 1982
3. Mutationen, Wahlen
4. Jahresrechnung 1982/83, Budget 1983/84
5. Tätigkeitsbericht 1983
6. Tätigkeitsprogramm 1984
7. Information über Fragen zur Bernischen Lehrerversicherungskasse
8. Sparpolitik im Bildungswesen
9. Varia

Nach einer Kaffeepause in der Mensa des Gymnasiums (etwa 10.30 bis 11 Uhr) führen uns die Lehrer des Deutschen und Französischen Gymnasiums ab 11 Uhr bis um 12 Uhr durch ihr neues Haus.

* * *

Jahresversammlung

Mittwoch, den 2. November 1983, 15.15 Uhr in der Aula des Deutschen und Französischen Gymnasiums Biel, Ländtestrasse 8.

Das Musische in den gymnasialen Leistungsfächern
. Referat und Diskussion.

Referent: Prof. Dr. Ernst Schumacher, Ordinarius für anorganische Chemie an der Universität Bern

Begrüssung und Leitung der Diskussion: Der Präsident des BGV

Von 13.45 bis 14.45 Uhr finden *Fachschaftsversammlungen* statt, die sich mit den neuen Lehrplänen der Unterstufe, mit Übertrittspensen und mit Lehrmittelfragen befassen oder fachspezifische Fragen zum Thema der Jahresversammlung zuhanden der Diskussion im Plenum vorbereiten.

Ab 12 Uhr (Apéro) beziehungsweise *12.30 Uhr* kann in der *Mensa* gut und günstig verpflegt und unter Kollegen Geselligkeit gepflegt werden. Die Mensa ist für uns reserviert.

Abschluss der Jahresversammlung etwa 17 Uhr.

Der Präsident des BGV:
Dr. Arthur Reber, 2503 Biel

Bernischer Verband für Sport in der Schule

Einladung zur Generalversammlung
Freitag, den 18. November 1983 in Hofwil

Das diesjährige Thema engagiert alle, die Sportunterricht mit unserer Jugend betreiben.

Programm

18.00–18.30 Uhr	Apéro (Aula)
18.30–18.45 Uhr	Kurzer geschäftlicher Teil
18.45–19.45 Uhr	Vortrag mit Dias von Prof. med. Kurt Biener, Zürich: «Präventiv-Medizin und Schulsport»
20.00 Uhr	Nachtessen (Mensa)

Zu diesem interessanten Anlass sind alle Interessierten freundlich eingeladen!

Für den BVSS:
Jürg Streit, 3506 Grosshöchstetten

Für unsere Unterstufe

IKA
Interkantonale Arbeitsgemeinschaft für die Unterstufe
(IKA Zürich, PC 84-3675 Winterthur)

Jahrestagung 1983
Samstag, den 12. November 1983

im Volkshaus Helvetiaplatz (Theatersaal), Stauffacherstrasse 60, 8004 Zürich

9.20	Eröffnung
9.30	*Urs Frauchiger:* *«Die Bedeutung des Hörens. Der Verlust der Hörfähigkeit in allen Bereichen.»*
10.30	Pause
11.00	*Willi Gohl:* *«Musik – Wege zum Machen – Hören – Erleben»*

Vorstand der IKA

Ehemalige als Künstlerinnen

Die Vereinigung ehemaliger Schülerinnen des Städtischen Lehrerinnenseminars Bern zeigt in der Aula des Städtischen Lehrerinnenseminars Marzili, Brückenstrasse 71, 3005 Bern, eine

Ausstellung mit Werken von Ehemaligen:

Nell Arn-Grützner	Verena Jaggi
Alice Düblin-Oberholzer	Lis Kocher
Käthi Fischlin-Portenier	Beatrice Kurth
Lotti Hodel-Stäuber	Margrit Merz
Elisabeth Huber-Lengacher	Eveline Rônez

Dauer: 6.–20. November 1983

Öffnungszeiten: Montag bis Samstag 16.15–19.15 Uhr, Sonntag 10–12 Uhr. Eintritt frei.

Kind, Krankheit und Krankenhaus

Die Regionalgruppe Bern des Vereins Kind und Krankenhaus organisiert eine umfangreiche Bücherausstellung.

Im Schweizerischen Bibliotheksdienst, Zähringerstr. 21, Bern, werden vom 20. Oktober bis 30. Dezember 1983 etwa 200 Bücher, vom Bilderbuch über Sachbücher, Kinder- und Jugendromane bis zu einschlägiger Literatur für Erwachsene, offen gezeigt.

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 8–12 und 14–18 Uhr. Eintritt frei, Voranmeldung bei klassenweiser Besichtigung erwünscht (Telefon 031 23 82 66).

Verein Kind und Krankenhaus, Regionalgruppe Bern

Am Carlo sy usgflippti Musig

Dies ist ein Titel aus dem Programm 1983/84 der Berner Jugendkonzerte. Die neuen Verantwortlichen, Gabriela Kaegi und Marc Philippe Meystre, hoffen, dass ihre nicht nur «ernsten» Konzerte gefallen werden und sind offen für Anregungen und Wünsche aus dem Kreis der jungen Zuhörer.

Berner Jugendkonzerte 1983/84

Konservatorium Bern, Grosser Saal

Samstag, 12. November 1983, 16.30 Uhr
Sonntag, 13. November 1983, 10.30 Uhr

Es Konzärt für töifi Inschtrumänt

(Das Ensemble 415 aus Genf spielt Werke von Vivaldi, Capuzzi und anderen)

Samstag, 28. Januar 1984, 16.30 Uhr
Sonntag, 29. Januar 1984, 10.30 Uhr

Am Carlo sy usgflippti Musig

(Capriccio stravagante oder kurzweilig Quodlibet von Carlo Farina, 1627)

Samstag, 3. März 1984, 16.30 Uhr
Sonntag, 4. März 1984, 10.30 Uhr

Taschte, Taschte, Taschte...

(8 Tastenspieler/innen in einem Konzert für alle möglichen und unmöglichen Tasteninstrumente)

Weitere Informationen an der Konzertkasse Casino, Telefon 031 22 42 42, Herrengasse 25, 3011 Bern.

Kunst für Kinder

Im Rahmen seiner Abteilung «Besucherschule/Pädagogik» führt das Kunstmuseum Bern folgende Veranstaltungen durch:

Sonntagmorgen-Workshop im Atelier

Jeweils sonntags 10–11.30 Uhr, erstmals am 30. Oktober

Daten bis Jahresende: 6., 13., 20., 27. November, 5., 11., 18. Dezember

Mitarbeiter des Museums und Zeichenlehrer betrachten Bilder und gestalten mit Kindern. (Keine Altersbegrenzung.)

Mittwochnachmittag für Kinder

Jeweils Mittwoch 14–16 Uhr, erstmals am 2. November

Daten bis Jahresende: 9., 16., 23., 30. November, 7., 14. Dezember

Bilder betrachten und malen mit Kindern. Leitung: Lehrer und Künstler. (Keine Altersbegrenzung.)

Ständige Veranstaltungen im Kunstmuseum für Erwachsene:

Kunst über Mittag

Ein Einzelwerk wird vorgestellt und diskutiert, *jeweils Mittwoch 12.30–13 Uhr*, erstmals 2. November.

Die Führung wird in freier Folge übernommen von Kunsthistorikern, Künstlern, Zeichenlehrern und Studenten.

Kunstbetrachtung am Dienstagabend

Jeweils Dienstag 19–20 Uhr, erstmals am 1. November

Die Führungen werden übernommen von Mitarbeitern des Museums und Studenten der Kunstgeschichte.

Novemberthema: Klassische Moderne
Dezemberthema: Malerei des 14. und 15. Jahrhunderts

Reisen ins Paradies?

Die Geographische Gesellschaft Bern lädt alle Freunde der Geographie zu ihren Vorträgen ein.

Vortragsprogramm 1983/84

8.11.83 Eipo – Steinzeitliche Kultur im Bergland von West-Neuguinea
(Dr. K. Helfrich, Museum für Völkerkunde, Berlin)

22.11.83 Die Trockengebiete der Erde – Reserveräume für die wachsende Menschheit?
(Prof. Dr. W. Meckelein, Universität Stuttgart)

29.11.83 Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsprobleme in der Dritten Welt: Prognose und Realität
(Prof. Dr. J. A. Hauser, Universität Zürich)

13.12.83 Bis im Jahr 2000 verdreifacht: Verstädterungsprobleme in den Entwicklungsländern
(Dr. R. Marr, Universität Basel)

10.1.84 Naturkatastrophen als Forschungsgegenstand der Sozialgeographie am Beispiel der Erdbeben im Friaul und in Süditalien
(Prof. Dr. R. Geipel, Universität München)

24.1.84 Der Jebel Marra und sein Vorland: Die Zerstörung eines randtropischen Ökosystems im Sudan
(Prof. Dr. H. G. Mensching, Universität Hamburg)

14.2.84 *Mitteilungsabend der Geographischen Gesellschaft*

21.2.84 Reisen ins Paradies? Auswirkungen des Tourismus auf *traditionelle Kulturen* in Polynesien
(Prof. Dr. H. Fischer, Universität Hamburg)

6.3.84 Zur Bedeutung des Grundeigentums für die ländliche Entwicklung in Drittweltländern (mit Beispielen aus Projektländern der Helvetas)
(Dr. R. Gerster, Mitarbeiter HELVETAS, Zürich)

Alle Vorträge finden jeweils dienstags im Grossen Hörsaal des Geographischen Institutes der Universität Bern, Hallerstrasse 12, statt. Beginn 20.15 Uhr.

Werden Sie Mitglied für einen Jahresbeitrag von 30 Franken. Sie profitieren von den zahlreichen Aktivitäten und Publikationen der Geographischen Gesellschaft Bern.

Prof. Dr. K. Aerni, 3012 Bern

Bernische Lehrerversicherungskasse
Caisse d'assurance du corps enseignant bernois

Die Ecke der Pensionskasse

Versicherung bei unbezahltem Urlaub

Bei einem von der Erziehungsdirektion bewilligten unbezahlten Urlaub ist Artikel 6 der Statuten zu beachten.

Versicherungsschutz während des Urlaubes: Ja

Das Mitglied hat vor Antritt des Urlaubes sowohl seine Beiträge wie auch die des Arbeitgebers für die ganze Urlaubsdauer der Pensionskasse einzuzahlen. Damit erleidet die Versicherung keinen Unterbruch. Kann nach Beendigung des Urlaubes aus gesundheitlichen Gründen der Schuldienst nicht wieder aufgenommen werden, hat das Mitglied Anspruch auf eine Invalidenpension der Kasse.

Versicherungsschutz während des Urlaubes: Nein

Bei Verzicht auf Versicherungsschutz bezahlt das Mitglied weder Arbeitnehmer noch Arbeitgeberbeiträge. Die nicht bezahlten Beiträge sind nach Wiederaufnahme der Tätigkeit nicht nachzuzahlen. Die Zeit des Unterbruches zählt nicht als Versicherungszeit. Tritt ein Versicherungsfall ein, wird das Mitglied nach den Bestimmungen der Artikel 23 oder 46 mit der Abgangsentschädigung oder dem Sparguthaben aus der Kasse entlassen.

Die Kasse erhält von der Erziehungsdirektion eine Kopie der Urlaubsgenehmigung. Nach Erhalt dieser Verfügung wird das Mitglied über die beiden Möglichkeiten orientiert; es hat der Kasse seinen Entscheid schriftlich mitzuteilen, er ist verbindlich.

Teilurlaube werden analog behandelt.

Versicherungsschutz bei (vorübergehender) Pensenreduktion

(Artikel 11 der Statuten)

Wird die Lektionenzahl an der *bisherigen* Stelle herabgesetzt oder entfällt eine Funktionszulage kann das Mitglied für den wegfallenden Verdienstteil:

a) die Weiterführung seines bisherigen versicherten Verdienstes verlangen, wenn es dafür die Bezahlung des Arbeitnehmer- und des Arbeitgeberbeitrages, insgesamt 16 Prozent, übernimmt, oder

b) auf die Weiterführung verzichten, wobei die von ihm selber bezahlten Beiträge ohne Zins zurückvergütet werden.

Eine Weiterführung des bisherigen versicherten Verdienstes ist aber nur sinnvoll, wenn so eine relativ kurze Zeitspanne mit reduziertem Pensum überbrückt werden soll.

Der Vorsteher und die Mitarbeiter der Kasse stehen Ihnen für Erläuterungen und weitere Auskünfte gerne zur Verfügung.

Bernische Lehrerversicherungskasse

Le coin de la Caisse de pensions

Assurance lors d'un congé non rémunéré

En cas de congé non rémunéré accordé par la Direction de l'instruction publique, nous attirons l'attention de nos membres sur la teneur de l'article 6 des statuts.

Protection d'assurance durant le congé: oui

Le membre doit verser à la Caisse de pensions avant le début du congé ses cotisations personnelles et celles de l'employeur pour la durée de ce congé. Ainsi, l'assurance ne subit pas d'interruption. Si le membre ne peut pas reprendre son activité pour raison de santé après échéance du congé, il aura droit à une rente d'invalidité de la Caisse.

Protection d'assurance durant le congé: non

Si le membre renonce à la protection d'assurance, il ne doit verser ni ses cotisations personnelles, ni celles de l'employeur. Les cotisations non payées ne seront pas perçues à la reprise de l'activité. La durée du congé ne compte pas comme temps d'affiliation. Si un cas d'assurance se produit, le membre sera traité selon les dispositions de l'article 23 ou de l'article 46, c'est-à-dire versement de l'indemnité de sortie ou du dépôt d'épargne, comme pour un membre sortant.

La Caisse reçoit de la Direction de l'instruction publique une copie de l'attribution du congé. A réception de celle-ci, le membre est informé des deux possibilités qui lui sont offertes. Il doit faire connaître à la Caisse sa décision par écrit qui l'engage.

Le congé partiel est traité en analogie.

Protection d'assurance durant une réduction (passagère) de l'horaire hebdomadaire

(article 11 des statuts)

Lorsque l'horaire hebdomadaire au *dernier* poste subit une réduction ou si une allocation liée à une charge est supprimée, le membre a les possibilités suivantes pour la part de traitement supprimé:

a) maintenir son traitement assuré s'il prend aussi à sa charge les contributions de l'employeur afférentes à la part de traitement perdu

ou

b) renoncer à l'assurance de la part de traitement perdu; dans ce cas, il aura droit au remboursement de ses cotisations personnelles sans intérêt.

Le maintien du dernier traitement assuré peut être recommandé seulement si la réduction de l'horaire est de durée relativement courte.

L'administrateur de la Caisse et ses collaborateurs se tiennent à votre disposition pour vous donner des explications et des renseignements complémentaires.

Caisse d'assurance du corps enseignant bernois

Assemblée des délégués de la SEJB

La prochaine Assemblée des délégués de la SEJB aura lieu *le mardi 15 novembre 1983, à 18 heures, à l'Hôtel de la Couronne, à Sonceboz.*

Ordre du jour

1. Ouverture de l'Assemblée des délégués de la SEJB
2. Procès-verbal de l'Assemblée des délégués de la SEJB du 26 mai 1983 (compte rendu dans l'«Ecole bernoise» N° 18 du 2 septembre 1983)
3. Rapport d'activité du Comité central de la SEJB
4. Rapports des commissions permanentes:
   a) Commission «Education permanente»
   b) Commission «Croix-Rouge Jeunesse»
   c) Commission pédagogique
5. Programme d'activité 1983/84
6. Augmentation des cotisations pour 1984 et discussion du règlement des indemnités (modifications éventuelles)
7. Opportunité de deux AD par année
8. Divers et imprévus

Le président: *Michel Lanève*

A l'issue de la séance, une petite collation sera offerte aux participants.

Nouvelles du Centre de perfectionnement

Programme des cours 1984

Avant-propos de M. H.-L. Favre, directeur de l'Instruction publique

Le programme que propose, cette année, le Centre de perfectionnement reflète les préoccupations actuelles des autorités du canton. Tout en veillant à une amélioration constante du niveau de l'enseignement, il a fallu se résoudre à appliquer un plan d'économie imposé par la situation financière de l'Etat.

Il faut comprendre et admettre que certains cours qui ne répondent pas directement aux exigences des plans d'études ont été provisoirement supprimés ou reportés. Une priorité a donc dû être établie en s'inspirant des critères suivants:

- recherche d'un meilleur équilibre entre les cours obligatoires, à mieux répartir dans le temps, et les cours facultatifs qui répondent à une motivation réelle de l'enseignement;
- organisation de cours coordonnés assurant la continuité des actions menées: formation des animateurs pour les cours de recyclage et de formation continue, recyclage à caractère obligatoire, recyclage à caractère facultatif et cours d'appui – formation continue;
- planification des cours sur plusieurs années, afin de permettre une alternance raisonnable de l'offre par niveau et degré d'enseignement;
- préoccupation constante de répondre aux besoins et propositions des associations professionnelles.

Une participation partielle ou totale de l'enseignant aux frais de certains cours revêtant un caractère de perfectionnement personnel est prévue; l'expérience amorcée en 1980 déjà prouve que cette formule est volontiers acceptée pour les cours ou stages de qualité.

Les dispositions légales demandent au Centre un service régulier d'information et de documentation, les textes insérés à la fin du livret visent à atteindre ce but.

La période d'austérité que nous vivons réclame de chacun quelques sacrifices. Acceptons-les dans l'attente de temps meilleurs.

Français: Compléments méthodologiques 5 et 6

Commission d'examen

Une commission d'examen sera mise sur pied pour analyser les manuscrits des compléments méthodologiques à *Maîtrise du français* pour les degrés 5 et 6 de la scolarité obligatoire.

La SEJB cherche

un(e) enseignant(e) primaire du degré moyen

pour la représenter dans cette commission. La DIP sera représentée par un enseignant secondaire. Les enseignants doivent être conscients de l'importance et de la nécessité d'une telle commission et accepter d'y collaborer.

Les frais de remplacement seront pris en charge par la DIP. Durée du mandat: environ une année.

Les collègues intéressés sont priés de prendre contact au plus vite avec Yves Monnin, secrétaire SEJB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16.

CC SEJB

Avis important

Nous attirons l'attention de

- toutes les institutions, associations et animateurs qui ont organisé des cours et manifestations de perfectionnement,
- tous les participants à des cours isolés et non inscrits dans le livret de cours (CILA, cours normaux suisses, Centre de Lucerne, etc.),
- tous les groupes de travail reconnus

sur le fait que les décomptes (subvention, frais) doivent parvenir à la Direction du Centre de perfectionnement, rue de l'Industrie 4, 2720 Tramelan, *jusqu'au 1er décembre 1983 au plus tard.* Passé ce délai, aucun décompte ou demande ne pourra être pris en considération.

Nous rappelons qu'une demande préalable de subvention doit être obligatoirement adressée au Centre de perfectionnement, deux mois avant la date du début du cours.

Le directeur: *W. Jeanneret*

CROIX-ROUGE SUISSE
SERVICE JEUNESSE

1977–1983: 20 Camps d'Amitié déjà!

Le premier Camp d'Amitié organisé sous l'égide de la Croix-Rouge Jeunesse de Suisse romande, en collaboration avec Pro Infirmis, aurait pu demeurer une expérience unique: mettre en contact, pendant une quinzaine de jours, de jeunes handicapés, pour la plupart grabataires, hospitalisés à la Cité des enfants de Saint-Légier-sur-Vevey, avec des jeunes gens et jeunes filles – généralement de futurs enseignants – auxquels il était demandé de faire «don» d'une partie de leurs vacances. Mais cette première expérience fut si concluante qu'elle fut renouvelée dès lors chaque année, élargie, diversifiée. Les Camps d'Amitié se firent aussi itinérants, «naviguant» (notre photo prise l'an dernier sur les canaux de Bourgogne). Certains se déroulèrent aussi en Suisse alémanique, au Tessin.

Le vingtième Camp d'Amitié a eu lieu du 31 juillet au 13 août 1983.

Mitteilungen des Sekretariates

Communications du Secrétariat

Unfallversicherung der Lehrer

Mit den beiden Beschlüssen Nr. 2556 und 3705 hat der Regierungsrat Grundsatzentscheide über die Unfallversicherung der Lehrer im Rahmen des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung gefällt. Weil alle Lehrer persönlich (zum Beispiel hinsichtlich ihrer privaten Unfallversicherung) betroffen sind, publizieren wir nachstehend die beiden Regierungsratsbeschlüsse im vollen Wortlaut:

2556 Kommission UVG/BVG; Grundsatzentscheid über die Versicherungsvariante für die Unfallversicherung der Lehrer

Der Regierungsrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag der Kommission UVG/BVG vom 29. Juni 1983 und beschliesst:

Assurance-accidents des enseignants

Par ses décisions N° 2556 et 3705, le Conseil exécutif a fixé les principes de l'assurance-accidents des enseignants dans la cadre de la loi fédérale sur l'assurance-accidents. Tous les enseignants étant personnellement concernés (par exemple pour leur assurance privée), nous publions ci-après, in extenso, les deux décisions du Conseil exécutif:

2556 Commission LAA/LPP: décision de principe sur la variante pour l'assurance-accidents des enseignants

Le Conseil exécutif prend connaissance du rapport et des propositions de la commission LAA/LPP du 29 juin 1983 et arrête:

1. Mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG) per 1. Januar 1984 witd die Unfallversicherung der Lehrer neu geregelt.

2. Die Durchführung der Unfallversicherung der Lehrer an öffentlichen Schulen (Primar-, Sekundarschulen und höhere Mittelschulen der Gemeinden) sowie der Kindergärtnerinnen an öffentlichen und an vom Kanton subventionierten Kindergärten hat nach der Variante 2 «Partnerschaft» zu erfolgen. Der Kanton versichert die Kindergärtnerinnen, die Lehrer an Primar- und Sekundarschulen sowie an höheren Mittelschulen der Gemeinden bei einem Versicherer gemäss Artikel 68 UVG (geschäftsführende Gesellschaft). Andere Versicherer sind an diesem Vertrag mit prozentualen Anteilen beteiligt (Pool-Lösung). Die Gemeinden können bestimmen, welche Versicherer am Vertrag teilnehmen sollen. Der Kanton gilt als Versicherungsnehmer und Arbeitgeber im Sinne des UVG.

3. Die Finanzdirektion wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der Erziehungsdirektion alle für die Vorbereitung der Unfallversicherung der Lehrer notwendigen Abklärungen vorzunehmen.

6. Juli 1983

3705 Unfallversicherung der Lehrerschaft; Neuordnung gemäss Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UVG) ab 1. Januar 1984

Der Regierungsrat, auf Antrag der Finanzdirektion und der Erziehungsdirektion, beschliesst:

1. Grundlage für die Neuordnung der Unfallversicherung der Lehrer an öffentlichen Schulen (Primar-, Sekundarschulen, der Erziehungsdirektion unterstellte Handelsmittelschulen und höhere Mittelschulen der Gemeinden) sowie der Kindergärtnerinnen an vom Kanton subventionierten Kindergärten bildet der Regierungsratsbeschluss Nr. 2556 vom 6. Juli 1983 über die Wahl der Unfallversicherungsvariante.

2. In Ausübung seines Wahlrechts nach Artikel 75 UVG und unter Wahrung des Mitbestimmungsrechts der Vertreter der Arbeitnehmer gemäss Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung über die Inkraftsetzung und Einführung des UVG bestimmt der Regierungsrat:

a. Die Kindergärtnerinnen und Lehrer an sämtlichen in Ziffer 1 erwähnten Einrichtungen werden durch einen geschäftsführenden Versicherer nach Artikel 68 UVG unter anteilmässiger Beteiligung weiterer Versicherer im Umfang der obligatorischen gesetzlichen Leistungen versichert (Vertrag).

b. An der Versicherung können sich Versicherer nach Artikel 68 UVG beteiligen. Aus rechtlichen Gründen ist die Teilnahme der SUVA am Vertrag ausgeschlossen.

Die zu beteiligenden Versicherer werden grundsätzlich durch die Gemeinden bestimmt, die bis 15. Oktober 1983 der Erziehungsdirektion schriftlich den gewünschten Versicherer zu melden haben.

c. Der Anteil der einzelnen Versicherer am Prämienaufkommen und an den Risiken wird aufgrund der Schülerzahl der entsprechenden Gemeinden an der Gesamtschülerzahl berechnet. Gemeinden, welche bis zum 15. Oktober 1983 keinen Versicherer melden, werden auf Antrag der

1. L'entrée en vigueur au 1er janvier 1984 de la loi fédéral sur l'assurance-accidents entraîne une réglementation nouvelle de l'assurance-accidents des enseignants.

2. L'assurance-accidents des enseignants des écoles publiques (écoles primaires et secondaires, écoles moyennes supérieures des communes) ainsi que des maîtresses de jardins d'enfants employées dans des jardins d'enfants subventionnés par le canton doit être réglée selon la variante 2 fondée sur la participation.

Le canton assure les jardinières d'enfants, les enseignants des écoles primaires et secondaires, ainsi que des écoles moyennes supérieures des communes auprès d'une société d'assurance conformément à l'article 68 de la LAA (société chargée de la direction générale des opérations). D'autres sociétés sont associées à cette convention (solution du pool). Les communes peuvent déterminer quelles sociétés doivent participer à la convention. Le canton est considéré comme employeur et preneur d'assurance au sens de la LAA.

3. La Direction des finances est chargée d'entreprendre, en accord avec la Direction de l'instruction publique, toutes les démarches nécessaires en vue de la mise en place de l'assurance-accidents des enseignants.

6 juillet 1983

(Trad. non officielle par Yves Monnin)

3705 Assurance-accidents du corps enseignant; nouvelle règlementation selon la loi fédérale sur l'assurance-accidents (LAA) en vigueur dès le 1er janvier 1984

Le Conseil-exécutif, sur proposition de la Direction des finances et de la Direction de l'instruction publique, arrête:

1. L'arrêté du Conseil-exécutif no 2556 du 6 juillet 1983 portant sur le choix des différentes assurances-accidents, pose les principes de la nouvelle règlementation de l'assurance-accidents pour les enseignants des écoles publiques (écoles primaires et secondaires, écoles supérieures de commerce dépendant de la Direction de l'instruction publique et écoles moyennes supérieures des communes) ainsi que les maîtresses de jardins d'enfants employées dans les jardins d'enfants subventionnés par le canton.

2. Dans l'exercice du droit qu'il a de choisir l'assureur aux termes de l'article 75 LAA et en garantie du droit de participation accordé aux représentants des travailleurs conformément à l'article 3, 3e alinéa de l'ordonnance sur la mise en vigueur et l'introduction de la LAA, le Conseil-exécutif décide:

a. Les maîtresses de jardins d'enfants et les enseignants de tous les établissements mentionnés au chiffre 1 sont pris en charge (contrat), pour toutes les prestations légales obligatoires, par une compagnie gérante autorisée par l'article 68 LAA qui, en vertu du même article, peut participer, avec d'autres assureurs, à la gestion de l'assurance-accidents.

b. Les assureurs au sens de l'article 68 LAA peuvent participer à l'assurance. Pour des raisons juridiques, la participation de la CNA au contrat est exclue.

Les assureurs appelés à participer sont en principe choisis par les communes, qui ont jusqu'au 15 octobre 1983 pour annoncer par écrit à la Direction de l'instruction publique l'assureur qu'elles ont choisi.

c. La part revenant aux différents assureurs sur la totalité des primes et sur les risques est calculée en fonction du nombre des communes concernées par rapport au nombre

Kommission UVG/BVG einem oder mehreren am Vertrag beteiligten Versicherern zugerechnet.

d. Die Geschäftsführung wird der KKB (Krankenkasse KKB/KKB-Versicherungen) übertragen. Sie besorgt im Namen aller beteiligten Versicherer rechtsverbindlich den Geschäftsverkehr mit dem Versicherungsnehmer und den Versicherten; insbesondere ist sie zuständig für die Entgegennahme aller Mitteilungen sowie für die Untersuchung und Erledigung der eintretenden Versicherungsfälle.

3. Die Lehrer an den kantonalen Schulen unterstehen als Staatsbeamte der Unfallversicherung für das Staatspersonal.

4. Die Lehrer an Berufsschulen und an höheren nicht staatlichen Fachschulen werden durch die Träger der Schulen gemäss UVG versichert. Sofern die Träger dieser Schulen es wünschen, können sie die Lehrerversicherung bei dem in Ziffer 2 genannten geschäftsführenden Versicherer zu gleichen Bedingungen abschliessen.

5. Der Regierungsrat wirkt im Rahmen seiner Möglichkeiten daraufhin, die Lehrerschaft und das gesamte Staatspersonal nach den gleichen Grundsätzen zu versichern.

6. Der Staat und die Gemeinden tragen die Prämien der Versicherung gegen Betriebsunfälle und übernehmen einen angemessenen Anteil der Prämien für die Versicherung gegen Nicht-Betriebsunfälle. Diese Prämienanteile werden im Rahmen der Lastenverteilung für die Lehrerbesoldungen beziehungsweise – für die höheren Mittelschulen der Gemeinden – mit den Betriebskosten finanziert.

7. Der Regierungsrat behält sich vor, über die obligatorische gesetzliche Versicherung hinaus Zusatzversicherungen abzuschliessen und Bestimmungen über die Finanzierung der Zusatzprämien zu erlassen.

8. Die Erziehungsdirektion und die Finanzdirektion werden ermächtigt, in gegenseitigem Einvernehmen die für die Vorbereitung und Einführung der Versicherung notwendigen Massnahmen zu treffen. Insbesondere obliegt ihnen, den Versicherungsantrag gemäss Artikel 3 Absatz 4 der Verordnung über die Inkraftsetzung und Einführung des UVG zu stellen, die Verhandlungen mit dem geschäftsführenden Versicherer zu führen und die Einführung der Versicherung im technisch-organisatorischen Bereich vorzubereiten.

Die Erziehungsdirektion orientiert Gemeinden, Schulbehörden und Lehrerschaft über die Neuordnung der Unfallversicherung.

9. Der Vertragsentwurf über die Unfallversicherung der Lehrerschaft ist dem Regierungsrat vor dem 31. Dezember 1983 zur Unterzeichnung zu unterbreiten.

12. Oktober 1983

Wichtig ist nun die Beachtung der folgenden Punkte:

- Die Ansprüche der Lehrer aufgrund der Stellvertretungsverordnung, bei der Lehrerversicherungskasse usw. werden durch die Neuregelung nicht verändert. Die neue Unfallversicherung hat in ihrem Fall weitgehend den Charakter einer Rückversicherung zugunsten des Arbeitgebers.
- Die Aufteilung der sehr hohen Prämien für die Nichtbetriebsunfallversicherung ist in Punkt 6 des zweiten Beschlusses noch nicht geregelt und wird Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Personalverbänden und der Finanzdirektion sein.

total des élèves. Les communes n'ayant pas communiqué le nom de l'assureur avant le 15 octobre 1983 seront attribuées sur proposition de la commission LAA/LPP à un seul ou plusieurs assureurs participant au contrat.

d. La gestion de l'assurance est confiée aux Caisses-maladie CMB/CMB Assurances. Au nom de tous les assureurs participants, elles décident avec force obligatoire du règlement des affaires concernant le preneur d'assurance et les assurés. Il leur incombe en particulier de recevoir toute communication ainsi que d'examiner et de traiter les sinistres.

3. En tant que fonctionnaires de l'Etat, les enseignants des écoles cantonales sont pris en charge par l'assurance-accidents du personnel de l'Etat.

4. Les enseignants des écoles professionnelles et des écoles spéciales supérieures non cantonales sont assurés par les organes responsables des écoles conformément à la LAA. Si les organes responsables de ces écoles le souhaitent, ils peuvent assurer leurs enseignants auprès de la compagnie d'assurances gérante prévue au chiffre 2 et aux mêmes conditions.

5. Dans la mesure de ses possibilités, le Conseil-exécutif s'efforce d'assurer le corps enseignant et l'ensemble du personnel de l'Etat selon les mêmes principes.

6. Le canton et les communes prennent à leur charge les primes de l'assurance contre les accidents professionnels et une part appropriée des primes de l'assurance contre les accidents non-professionnels. Cette participation au versement des primes est financée, dans le cadre de la répartition des charges pour le traitement des enseignants, et pour les écoles moyennes supérieures des communes, par les frais d'exploitation.

7. Le Conseil-exécutif se réserve la possibilité de conclure, en sus de l'assurance légale obligatoire, des assurances complémentaires, et d'édicter des dispositions sur le financement des suppléments de prime.

8. La Direction de l'instruction publique et la Direction des finances sont autorisées à prendre, en accord mutuel, les mesures nécessaires à la préparation et l'introduction de l'assurance. Il leur incombe en particulier d'élaborer la proposition d'assurance conformément à l'article 3, 4e alinéa de l'ordonnance sur la mise en vigueur et l'introduction de la LAA, de mener les négociations avec la compagnie gérante et de préparer l'introduction de l'assurance sur le plan de l'organisation.

La Direction de l'instruction publique informe les communes, les autorités scolaires et le corps enseignant de la nouvelle réglementation de l'assurance-accidents.

9. Le projet de contrat portant sur l'assurance-accidents du corps enseignant doit être soumis au Conseil-exécutif pour signature avant le 31 décembre 1983.

12 octobre 1983

Il est importante de tenir compte des points suivants:

- Les droits des enseignants découlant de l'ordonnance sur les remplacements auprès de la CACEB, etc., ne sont pas modifiés par la nouvelle réglementation. La nouvelle assurance-accidents a, dans leur cas, un large caractère de réassurance en faveur de l'employeur.
- La répartition des primes très élevées pour l'assurance contre les accidents non-professionnels, mentionnée au point 6 de la deuxième décision, n'est pas encore réglée. Elle fera l'objet de négociations entre les associations du personnel et la Direction des finances.

– Da auch über allfällige Zusatzversicherungen in Punkt 7 noch nicht entschieden ist, sondern nur dem Regierungsrat die Kompetenz dazu erteilt wurde, können die Lehrer die Notwendigkeit privater Zusatzversicherungen noch nicht beurteilen und müssen diesbezügliche Entscheide abwarten. Zur Diskussion steht insbesondere die Versicherung der Besoldungen über 69 600 Franken.

Sekretariat BLV: *Moritz Baumberger*

– Aucune décision n'a été prise sur les éventuelles assurances complémentaires mentionnées au point 7. C'est le Conseil exécutif qui est compétent dans ce domaine. Les enseignants ne peuvent donc pas encore juger de la nécessité de conclure des assurances complémentaires et doivent attendre les décisions y relatives. Il s'agit, en particulier, de discuter le problème de l'assurance des traitements de plus de 69 600 francs.

Secrétariat de la SEB: *Moritz Baumberger*
Adaptation française: *Yves Monnin*

Aus den Verhandlungen des Kantonalvorstandes BLV

Sitzung vom Mittwoch, den 21. September 1983
Vorsitz: Ulrich Thomann

Kurzfassung

Hauptthema bildete die Einführung der neuen Lektionentafel/Lehrpläne. Der Kantonalvorstand

- *ruft die Bernische Lehrerschaft auf, auf die ihr gesetzlich zustehenden Spesenentschädigungen für die obligatorischen Einführungskurse zu den neuen Lehrplänen offiziell zu verzichten, den eingesparten Betrag aber der freiwilligen Lehrerfortbildung zukommen zu lassen;*
- *bekräftigte der Erziehungsdirektion gegenüber seine unmissverständliche Haltung zur Frage der Wahlfachausweise, die durch die neue Lektionentafel noch akuter wird;*
- *verlangte von der Erziehungsdirektion die Aufhebung von Bestimmungen über den Wahlfachunterricht an Primarschulen;*
- *nahm Kenntnis von einer Beschwerde der Sektion Thun-Stadt an den Regierungsrat gegen das Hauswirtschaftsobligatorium für Knaben.*

Daneben verabschiedete er Stellungnahmen zu:

- *Entwurf der ED zu Vortrag und Grossratsbeschluss betreffend Ausbildung von Sonderpädagogen;*
- *Resolution des Vereins Schweizerischer Gymnasiallehrer betreffend Langzeitgymnasien;*
- *Gesetz über die Förderung von Turnen und Sport;*
- *Verordnung über die Berufslehre*

und sah sich gezwungen, mangels Legitimation aus den Reihen seiner Mitglieder, dem Verein «Schlupfhuus» keine Unterstützung zu gewähren. Das Gesuch wird an die regionalen Sektionen weitergeleitet.

Bericht

Akute Hauptthemen für den Bernischen Lehrerverein bilden zur Zeit

Sparmassnahmen sowie Einführung der neuen Lektionentafel und Lehrpläne

Nach der Berichterstattung über die Ergebnisse der Verhandlungen in der Septembersession des Grossen Rates befasste sich der Kantonalvorstand mit dem weiteren Vorgehen bezüglich Sparmassnahmen des Regierungsrates. An einer Sitzung aller Lehrergrossräte wurden Vorstösse zum kommenden Budget betreffend Lehrerfortbildung beraten. Im Rat soll aufgezeigt werden, dass auch in anderen Bereichen des Bildungswesens und in anderen Direktionen gespart werden kann. Der BLV und alle seine Mitglieder sind aufgerufen, nach solchen Sparmöglichkeiten zu suchen. In der Sitzung wurde eine erste aufgezeigt, die hoffentlich vielfach in die Tat umgesetzt wird: Für die zum Teil schon durchgeführten oder dann unmittelbar nach den Herbstferien anstehenden obligatorischen Einführungskurse sollen offenbar auf Beschluss der Inspektorenkonferenz hin weder Reise- noch Verpflegungsentschädigungen ausbezahlt werden. Dieser Beschluss steht im Widerspruch zu den Bestimmungen im Dekret über die Lehrerfortbildung. Der Kantonalvorstand ist auch der Meinung, hier könne sinnvoll gespart werden. Er schlägt seinen Mitgliedern vor, zu Beginn der Einführungskurse zum freiwilligen Verzicht auf die gesetzlich zustehenden Entschädigungen aufzurufen und gleichzeitig via Inspektoren die Erziehungsdirektion aufzufordern, die so eingesparten Gelder der freiwilligen Lehrerfortbildung im kommenden Jahr gutzuschreiben. Die Gutschrift für Spesen bereits vergangener Veranstaltungen soll durch die Leitenden Organe des BLV geltend gemacht werden.

Auf Antrag des Bernischen Primarlehrervereins verlangt der BLV bei der Erziehungsdirektion

- die Aufhebung der Bestimmung, dass ein Primarschüler nicht mehr als zwei Wahlfächer belegen darf;
- die Aufhebung der einschränkenden Bestimmung für den Besuch von Wahlfachunterricht;
- die Harmonisierung des Textes von Artikel 27a des Primarschulgesetzes bezüglich dem erweiterten Unterricht im Technischen Zeichnen ab 8. Schuljahr.

Abschliessend nahm der Kantonalvorstand Kenntnis von einer Beschwerde der Sektion Thun-Stadt an den Regierungsrat gegen das Hauswirtschaftsobligatorium der Knaben. Er beurteilte das Vorgehen als wenig erfolgsversprechend.

Wahlfachausweise

Hier scheint der festgefahrene Karren doch allmählich in Fahrt zu geraten, doch stehen noch viele Hindernisse im Weg. – Der Kantonalvorstand verabschiedete einen «Speich-Brief» an die ED, in dem er seine Haltung einmal mehr unmissverständlich dar- und Anträge zu Bestimmungsänderungen vorlegt.

Sollten ab Schuljahr 1984 Primarlehrkräfte ohne Wahlfachausweis infolge Kompensation ausfallender Lektionen nach neuer Lektionentafel Wahlfachunterricht über-

nehmen müssen und deswegen mit Lohnkürzungen bestraft werden, müsste der Bernische Lehrerverein mit allen rechtlichen und gewerkschaftlichen Mitteln dagegen kämpfen.

Stellungnahmen

Nach eingehenden Diskussionen verabschiedete der Kantonalvorstand Stellungnahmen

- Zum *Entwurf der ED zu Vortrag und Grossratsbeschluss betreffend Ausbildung von Sonderpädagogen.* Dieser sieht im wesentlichen vor:
  - Verlängerung der berufsbegleitenden Ausbildung auf drei Jahre;
  - Schaffung eines selbständigen Heilpädagogischen Seminars;
  - Spezialausbildung in verschiedenen Lernstörungen im Rahmen der Gesamtausbildung;
  - Ausbildung von Kindergärtnerinnen an besonderen Kindergärten.

  Der BLV stimmt diesen Neuerungen zu, verlang aber, dass gemäss Artikel 83 des Mittelschulgesetzes allen Lehrkräften der Volksschulstufen die Ausbildung zum Sonderpädagogen eröffnet werden sollte.
- Zur *Resolution des Vereins Schweizerischer Gymnasiallehrer betreffend Langzeitgymnasien*, vorgelegt durch die Erziehungsdirektion. Darin werden die Beibehaltung des ungebrochenen gymnasialen Bildungsganges und des Übertritts noch vor dem Abschluss der obligatorischen Schulzeit gefordert.

  Die vereinsinterne Vernehmlassung bei allen Stufenorganisationen hatte keine veränderte Haltung seit der Stellungnahme zu den Grundsätzen zur Gesamtrevision der Bernischen Bildungsgesetzgebung ergeben. Deshalb wurde im Schreiben zur Hauptsache auf diese verwiesen, welche die kontroversen Haltungen der Vereine Bernischer Mittel- und Gymnasiallehrer sowie die übereinstimmenden Punkte des Gesamtvereins dargelegt. Dadurch wird dem Bernischen Gymnasiallehrerverein der statutarisch zugesicherte Minderheitenschutz gewährt.
- Im Jahr 1970 hat das Schweizervolk beschlossen, den Turn- und Sportunterricht an Schulen obligatorisch zu erklären. Der Vollzug der Bundesvorschriften in den Schulen ist Sache der Kantone. Nun musste der Kantonalvorstand zu einem *Gesetzesentwurf über die Förderung von Turnen und Sport* Stellung nehmen. Nach der Diskussion der wesentlichen Grundsätze und der Kenntnisnahme der Haltungen des Bernischen Diplomturnlehrervereins und des Verbandes Bernischer Turnlehrervereine, wurde das Sekretariat mit der Abfassung der Stellungnahme betraut. Deren Hauptpunkte sind: Gesetzestext ist lückenhaft, deshalb wenig zu praxisnahem Gebrauch geeignet und kann zu falscher Interpretation führen; Aufforderung an die kantonalen Behörden, der Abwälzung von Verpflichtungen (vor allem finanzieller) vom Bund auf die Kantone Einhalt zu gebieten; Widersprüche und Formulierungen im Gesetzestext, mit denen die im Vortrag formulierten Ziele nicht oder kaum zu erreichen sind; Vorbehalte des BLV zur Realisation eines eigenen kantonalen Kurs- und Sportzentrums angesichts der aktuellen finanzpolitischen Situation und der Gefahr einer Schmälerung im übrigen Bereich von Turnen und Sport.
- Als weitere Vollzugsverordnung zum neuen Berufsbildungsgesetz passte die Volkswirtschaftsdirektion die *Verordnung über die Berufslehre* an. Im Anschluss an die Detailberatung beauftragte der Kantonalvorstand das Sekretariat mit der Abfassung der Stellungnahme. Darin soll nur zu den Punkten Stellung genommen werden, welche die Berufsschullehrer direkt betreffen (bessere Bedingungen für Lehrer beim Mitwirken an Lehrabschlussprüfungen; vermehrtes Mitspracherecht). Kernpunkt bildet das Bedauern darüber, dass im Entwurf wie schon in der VAB/VPB die Stellung der Berufsschullehrer wesentlich verschlechtert wird (siehe Berner Schulblatt Nr. 15/16 Seite 213 f).

  Der Kantonalvorstand erklärte sich mit dem Gewerbelehrerverein und dem Verband der Lehrer an Berufsschulen kaufmännischer Richtung solidarisch und fügte deren Stellungnahmen der seinen an.

«Schlupfhuus»

Auf den Aufruf des Kantonalvorstandes im oben erwähnten Berner Schulblatt gingen spärlich Reaktionen von Mitgliedern ein. Davon traten nur wenige vorbehaltlos für die Unterstützung des Vereins «Schlupfhuus» ein.

Die eher zustimmenden Stellungnahmen stammten fast ausschliesslich aus dem Gebiet der Agglomeration Bern.

Der Kantonalvorstand sah sich nach eingehender Diskussion nicht legitimiert, im Namen des Gesamtvereins das Vorhaben zu unterstützen. Er beschloss, das Gesuch den BLV-Sektionen der Agglomeration Bern zu unterbreiten.

Weitere Geschäfte

Der Kantonalvorstand

- ersuchte um eine Audienz einer Abordnung von Direktbetroffenen beim Erziehungsdirektor in Sachen Entlastung und Entschädigung von Schulvorstehern und weiteren Funktionsträgern;
- genehmigte die Hausordnung des Logierhauses in der Länggasse und das Pflichtenheft von dessen Verwalter. Die Arbeit der Logierhauskommission wurde herzlich verdankt;
- nahm erfreut zur Kenntnis, dass die Pädagogische Kommission des BLV noch in diesem Schuljahr einen ersten Bericht über die Schülerbeurteilung veröffentlichen will;
- beschloss auf Antrag der Redaktionskommission, das Tandem Schweizerische Lehrerzeitung/Berner Schulblatt weiterhin plano A4-Format eingebandet zu verschicken, nachdem in der Versuchsphase keine Reklamationen mehr über Beschädigungen durch die Post bekannt wurden;
- bewilligte ein Ferienbegehren des Zentralsekretärs für zwei Wochen;
- liess sich über den vorgesehenen Verlauf zur Datenerhebung EDV orientieren
- und beschloss, auf die Kolumne «Zwischen Standespolitik und Kindeswohl» des BLV-Mitgliedes Niklaus Ludi, veröffentlicht im Bund vom 10. September 1983, an der nächsten Sitzung einzutreten. Als Verantwortlicher im Sekretariat für die Abfassung der Stellungnahme des BLV zum Bericht der ED betreffend die Grundsätze zur Entwicklung des bernischen Bildungswesens, erlaube ich mir folgende Feststellung: Trotz intensivem Bemühen fand ich keine persönliche oder

durch ihn mitbestimmte Stellungnahme unseres Kollegen zum Bericht der ED oder zur Stellungnahme des BLV, die in einer breit angesetzten Vernehmlassung von allen Vereinsmitgliedern mitgestaltet werden konnte. Ich fand von ihm auch keinen Artikel zum gleichen Thema im Berner Schulblatt, an dessen Zielpublikum er seine Schelte hätte richten müssen, um damit dem Anliegen des Kindes zu dienen. Auch dort wäre ihm in gewissen Teilen Applaus sicher gewesen von vielen Lehrkräften, die ums Wohl der Kinder besorgt sind und die dafür aus voller Überzeugung, meist im stillen, ihre ganze Kraft einsetzen.

Sekretariat BLV: *Werner Zaugg*

Extrait des délibérations du Comité cantonal de la SEB

Séance du mercredi 31 août 1983
Présidence: Ulrich Thomann

En ouvrant la séance, le président relève avec satisfaction que les principales modifications proposées par la SEB ont été retenues dans le projet de décret sur les écoles de musique qui sera prochainement soumis au Grand Conseil.

D'importants problèmes ne sont toutefois pas réglés: les horaires très lourds (horaire complet de 36 à 40 leçons de 40 minutes), la sécurité des horaires à moyen et long terme, la sécurité sociale, les problèmes financiers des associations des écoles de musique.

La SEB poursuit ses discussions avec l'Association des pédagogues de musique.

Session de septembre du Grand Conseil

Tous les collègues députés, à l'exception de l'un d'entre eux empêché par la maladie, ont participé, au début de la session, au traditionnel repas de travail avec les organes directeurs de la SEB. Les affaires scolaires du Grand Conseil et les conditions d'engagement des enseignants y ont été discutées.

- Les chances de succès du deuxième projet de la loi cantonale sur les jardins d'enfants paraissent relativement bonnes. La SEB a collaboré de manière importante à l'élaboration de ce projet (Moritz Baumberger était président de la commission consultative du Grand Conseil). Des divergences existent toutefois sur différents points:
  - La référence de l'éducation aux valeurs chrétiennes va trop loin pour les uns, alors que pour les autres la formulation apparaît comme trop peu contraignante.
  - En ce qui concerne la surveillance scolaire officielle, les propositions diffèrent. La commission consultative estime que les jardins d'enfants devraient continuer à être surveillés par les inspecteurs/inspectrices primaires. Elle pense que six expertes à temps partiel (conseillères pédagogiques) devraient être nommées pour les tâches spécifiques. Le Conseil exécutif préfère la réglementation actuelle (sans les expertes).
- La Direction de l'instruction publique prend position sur la motion Boehlen (voir «Ecole bernoise» N° 14, page 203) qui demande au Conseil exécutif que les traitements des jardinières d'enfants et des enseignantes dans les écoles normales de jardinières d'enfants soient adaptés à leurs charges, à leurs prestations ainsi qu'à leurs responsabilités. La DIP propose de pas entrer en matière. Elle justifie sa prise de position par le fait que la prolongation de la formation des jardinières d'enfants a déjà été prise en considération dans la révision de la loi sur les traitements et que l'intégration du traitement des jardinières d'enfants dans l'ordonnance cantonale sur les traitements a apporté aux intéressées des améliorations substantielles.

  En ce qui concerne les jardinières d'enfants enseignant dans les écoles normales, la DIP estime que les améliorations financières demandées doivent être obtenues par des améliorations constantes de la formation. Cette formation complémentaire devrait permettre aux enseignantes concernées d'obtenir des diplômes supérieurs et d'être considérées comme des maîtresses de branches.

Mesures d'économies unilatérales du Conseil exécutif

Par leur présence massive et la décision de convoquer une séance extraordinaire pour discuter ces mesures, les députés ont montré leur volonté de ne pas accepter sans autre les réductions frappant particulièrement le perfectionnement des enseignants.

Les collègues députés et le Comité cantonal se sentent contraints, par diverses réactions des sections et des organisations de degrés de la SEB, à s'engager fermement.

Le cas de l'ouverture d'une classe proposée à l'école secondaire d'Urtenen/Moosseedorf montre bien l'attitude de la Direction de l'instruction publique dans ce problème. Le Comité cantonal invite toutes les autorités scolaires à ne pas entreprendre à la légère des fermetures de classes. Elles doivent tenir compte du fait que le nombre des naissances aura tendance à remonter à moyen terme. Le Comité cantonal invite ses membres à se battre résolument contre les fermetures arbitraires, mais à rester dans le cadre des dispositions légales. Il les invite à entreprendre suffisamment tôt des négociations avec les autorités afin de ne pas être pris au dépourvu.

Révision des plans d'études/nouvelles grilles horaires
(ce point concerne nos collègues de langue allemande)

Le secrétaire central de la SEB, Moritz Baumberger, informe le Comité cantonal du résultat de la rencontre avec les représentants de la Direction de l'instruction publique (voir «Ecole bernoise» N° 20 du 30 septembre 1983).

A la demande d'une de ses sections, la Société des enseignants bernois a chargé son juriste d'éclaircir les points suivants:

- La Direction de l'instruction publique, en introduisant l'enseignement obligatoire de l'économie familiale pour les garçons, ne dépasse-t-elle pas le cadre fixé par le message sur la révision des lois sur l'école primaire et sur les écoles moyennes?
- Peut-on recourir contre la validité et l'entrée en vigueur de la décision de la Direction de l'instruction publique du 1er septembre 1983?

On peut répondre clairement par la négative à la première question:

- La Direction de l'instruction publique est depuis toujours chargée de décider des plans d'études et elle se fonde pour cela sur des dispositions légales.
- L'obligation n'est pas en contradiction avec les dispositions légales. Elle va clairement dans le sens de la révision partielle de l'article 4 de la Constitution fédérale votée en 1981.

S'il y avait des doutes en ce qui concerne le droit de décision de la Direction de l'instruction publique, ce seraient les parents qui auraient le droit de s'y opposer plutôt que les enseignants ou les organisations d'enseignants. Le Comité cantonal ne voit aucune raison valable (difficultés avec les délais, fautes de procédure, contradictions avec le texte du message au peuple lors de la votation, etc.) qui permettrait de justifier un recours de droit public auprès du Tribunal fédéral. La jurisprudence cantonale ne connaît aucun organe de contrôle qui puisse examiner la constitutionnalité de décisions légales. Dans ce contexte, on doit préciser que la grille horaire ne change pas les conditions d'engagement des enseignants. Jusqu'à présent déjà, aucun enseignant ne pouvait prétendre avoir droit à des leçons supplémentaires payées ou à pouvoir donner l'ensemble des leçons obligatoires de sa propre classe. Comme auparavant, en ce qui concerne les droits et les devoirs des enseignants, ce sont la mise au concours et les règlements de l'Etat et des communes qui sont valables.

Dans ces conditions, il n'est pas possible à la Direction de l'instruction publique de reconnaître la «situation acquise» pour les enseignants en place.

Le Comité cantonal a dû rejeter la demande d'assistance d'un directeur d'école et lui a déconseillé de faire appel. Pour venir à bout des travaux administratifs supplémentaires résultant de l'introduction de la nouvelle grille horaire, il avait demandé à la Direction de l'instruction publique un congé payé d'un trimestre. La DIP est d'accord d'accorder le congé, mais non de le payer.

Certificat pour l'enseignement des branches à option

La DIP ayant refusé d'entrer en matière sur notre première demande de reconsidération du problème (voir «Ecole bernoise» N° 12, pages 187/188), le Comité cantonal a chargé le secrétaire central, étant donné le mandat clair donné par l'Assemblée des délégués, d'envisager une nouvelle procédure. Le projet, sous la forme d'un document de travail, est approuvé. Il prévoit la procédure suivante: La SEB s'adressera tout d'abord par écrit à la DIP. Elle critiquera sa réponse, justifiera sa nouvelle requête, demandera la suppression des points critiques de la décision du Conseil exécutif du 4 juin 1975 et sollicitera une audience. Si la Direction de l'instruction publique s'y oppose encore une fois, il s'agira alors d'entreprendre des démarches politiques au Grand Conseil.

Depuis lors, le secrétaire central de la SEB a été invité à exposer le problème lors d'une rencontre entre les directeurs des écoles normales et les représentants de la DIP. Un groupe de travail de la DIP a alors été chargé d'étudier le problème.

Réduction individuelle du nombre d'heures obligatoires

Une école secondaire du Jura bernois a demandé à la SEB d'intervenir pour que les enseignants puissent plus facilement réduire leur nombre d'heures obligatoires.

En raison de la portée de ce problème, de sa discussion dans l'économie privée et dans d'autres sphères de l'Etat, le Comité cantonal a décidé de le soumettre aux organisations de degrés et aux sections.

Conditions générales d'engagement

Le Comité cantonal prend connaissance d'une requête de l'Association cantonale bernoise des maîtresses d'ouvrages demandant une amélioration des conditions d'engagement spécifiques des enseignantes en économie familiale et des maîtresses d'ouvrages.

Les conditions d'engagement publiées dans chaque «Feuille officielle scolaire» avant les mises au concours limitent, aux points 3 et 4, la sécurité des emplois des enseignantes en question.

Même le fait qu'une enseignante spécialisée peut être nommée définitivement à partir d'une classe a peu d'importance puisque le nombre des leçons n'est pas garanti et qu'on peut, en tout temps, perdre des classes.

La Société des enseignants bernois demande que les conditions d'engagement soient les mêmes pour toutes les catégories d'enseignants, l'inégalité dont sont victimes les enseignantes en économie familiale et les maîtresses d'ouvrages ne se justifiant plus actuellement.

Le Comité cantonal décide d'adresser une requête dans ce sens à la Direction de l'instruction publique. Il demandera également de supprimer les dispositions critiques concernant la collaboration des enseignants aux institutions de prévoyance sociale. La disposition selon laquelle les enseignantes primaires doivent enseigner les ouvrages dans leur propre classe doit être revue et adaptée aux conditions actuelles.

Prises de position

- Le Comité cantonal approuve le projet de prise de position du groupe de travail de la SEB sur le rapport *Examen de la formation des maîtresses d'ouvrages*. La SEB soutient le prolongement de la formation à quatre ans. En ce qui concerne l'élargissement du droit d'enseignement, le Comité cantonal approuve les propositions du groupe de travail: il rejette l'élargissement aux branches économie familiale ou sciences naturelles (comme c'est le cas pour les enseignantes en économie familiale), mais le recommande pour la branche dessin/ACM.

  Il estime qu'il faut maintenir cette alternative à la formation des enseignantes en économie familiale.
- Le Comité cantonal approuve également la prise de position sur *la conception de la formation complémentaire TA/TM*. La SEB s'oppose à ce que le droit d'enseignement pour une branche qui fait partie des branches obligatoires dépende de l'acquisition d'un certificat supplémentaire. La SEB reconnaît la nécessité d'une formation complémentaire si la conception de la branche a changé. Elle demande que cette formation soit adaptée de manière individuelle et que l'expérience compte autant que les certificats acquis auparavant.

  Elle estime d'autre part que la formation complémentaire doit en principe être possible durant le temps d'enseignement, avec congé et remplacement payé. Elle s'oppose à la tendance d'une trop grande «intellectualisation», de la superficialité et de l'encouragement à la mentalité du gaspillage. Elle se déclare très déçue que la DIP n'ait pas montré et exigé les moyens urgents et nécessaires à la réalisation des nouvelles grilles horaires/plans d'études. A côté des TA/TM, les enseignants doivent aussi se recycler dans des cours

obligatoires dont le financement est remis en question par la réduction du budget du perfectionnement. Par ce fait et par les mesures d'économies unilatérales du Gouvernement, le perfectionnement facultatif des enseignants souffre de restrictions exagérées contre lesquelles la SEB entend lutter avec tous les moyens à sa disposition. Dans sa prise de position, la SEB demande à la DIP de prévoir les moyens financiers nécessaires et de les mettre à disposition.

Elle demande aussi que la DIP informe suffisamment tôt les communes des besoins futurs en locaux et en équipements ainsi que de leurs conséquences financières, qu'elle favorise et impose l'infrastructure nécessaire par des subventions appropriées et que, durant les cinq années de la phase transitoire, elle aide les écoles, les enseignants et les communes.

– Le Comité cantonal discute en détail du *projet de la DIP sur le message et la décision du Grand Conseil sur la mise en place d'une institution pour la pédagogie particulière (Ecole normale de pédagogie curative)* pour la partie de langue allemande du canton. Le Secrétariat est chargé d'élaborer une prise de position pour la séance de septembre du Comité cantonal.

– En application de son droit de codécision, le Comité cantonal approuve la position du Conseil exécutif de désigner la *«Caisse maladie du canton de Berne (KKB)» comme société responsable pour la nouvelle assurance accident des enseignants* (voir «Ecole bernoise» N° 18, page 244).

Assurance RC

Ces derniers temps, nous avons reçu plusieurs demandes de membres réclamant des prestations de l'assurance RC de la SEB pour des vols d'argent commis dans les écoles. C'est la raison pour laquelle la SEB a dû demander un avis de droit à son juriste et à la «Nationale». Il s'agissait d'éclaircir le problème de la responsabilité des enseignants dans de tels cas:

– Si on vole de l'argent à *un enseignant dans l'exercice de sa fonction officielle* (par exemple argent des courses scolaires de la commune et des élèves, encaissement des primes d'assurance, etc.) *c'est la commune qui est en principe responsable*. En cas de préméditation ou de négligence grave, elle a le droit de se retourner contre le corps enseignant.

– Si *le dommage a lieu lors d'un service rendu par l'enseignant* (par exemple collectes pour des manifestations extrascolaires, cadeaux, photos, etc.) *l'enseignant est responsable* aussi bien vis-à-vis de la commune que des tiers, conformément au droit privé.

La «Nationale» a offert de couvrir de tels dommages en complétant la police existante et en demandant un franc par année et par membre. Pour des raisons financières et de principe, le Comité cantonal a décliné l'offre.

Elections au Conseil national | 21 au 23 octobre 1983

Conformément à la coutume, tous les membres de la SEB recevront la documentation électorale soit par l'«Ecole bernoise», soit par un envoi personnel contenant les recommandations de la SEB et celles de la FBAEF (Fédération bernoise des associations d'employés et de fontionnaires).

Le Comité cantonal approuve la procédure et le texte qui sera envoyé tout en regrettant qu'aucune femme ne figure sur les recommandations de la FBAEF. Le Secrétariat est chargé de ce travail.

Autres affaires

Le Comité cantonal

– *prend connaissance*
  - du résultat de la rencontre habituelle entre le secrétaire au perfectionnement de la SEB et le directeur de la Centrale du perfectionnement des enseignants;
  - d'une action de propagande mise sur pied par les responsables de l'Association suisse des enseignants et dont les résultats furent plutôt modestes;
  - de la publication de «La formation des maîtres de l'enseignement secondaire inférieur» éditée par la CDIP (cet ouvrage pourrait exercer une influence sur les futurs projets dans le domaine de la formation);

– *nomme*
  - Yves Monnin, adjoint de langue française, comme membre d'un nouveau groupe de travail chargé de suivre l'évolution du marché de l'emploi des enseignants et demande à la DIP d'accorder également un siège à Hans Weber, professeur au sous-gymnase de Berne et membre du Comité de la SBMEM, en tant que représentant des organisations directement concernées;
  - Bernhard Thomann, maître primaire de Berne, comme représentant de la SEB dans le groupe d'étude «Formation des enseignants» mis sur pied par l'organisation des enseignants du Nord-Ouest de la Suisse (LONOWE);

– *approuve*
  - les statuts de l'Association des maîtres aux écoles professionnelles du canton de Berne et ceux de toutes les sections SEB de langue française;
  - le rapport de l'Assemblée des délégués de la SEB du 1er juin 1983 qui sera présenté comme procès-verbal lors de la prochaine AD;
  - les changements et les frais résultant de l'introduction de l'ordinateur;

– *prend en charge le déficit* de 5988 fr. 20 du stage linguistique dans le Jura bernois. Cette somme a été prélevée du Fonds des enseignants sans place;

– *accorde l'assistance judiciaire* dans deux nouveaux cas;

– *décide* de renoncer à organiser une Assemblée extraordinaire des délégués en novembre 1983, aucune affaire urgente n'étant à l'ordre du jour

– et *nomme Michael Köhli*, jusqu'à présent employé à temps partiel au Secrétariat SEB, *comme adjoint de langue allemande* ad interim pour la période du 1er octobre 1983 au 30 septembre 1984.

Cette élection était nécessaire en raison de la démission de Werner Zaugg qui s'exprime comme suit:

«Après une année d'un travail enrichissant à tous points de vue passée au service de la SEB, je retourne à l'enseignement. Je profite de l'occasion pour remercier les organes directeurs de la SEB, le secrétaire central, le personnel du Secrétariat ainsi que tous les collègues de leur confiance, de leur collaboration et de leur appui. Je me permets d'inviter tous les enseignants à faire davantage preuve de solidarité et à s'engager pour le bien de l'école bernoise. Je présente à chacun mes vœux les meilleurs pour l'avenir.»

Secrétariat de la SEB: *Werner Zaugg*
Adaptation française: *Yves Monnin*

Einzug der Mitgliederbeiträge

Die Sektionskassiere des *BLV* werden ersucht, folgende Beiträge für das Wintersemester 1983/84 zu erheben:

a) Zentralkasse

1. Zentralkasse (inkl. Prämie für die Haftpflichtversicherung)	Fr.	64.50
2. Abonnementsgebühr für das Berner Schulblatt mit SLZ und «Schulpraxis»	Fr.	32.—
3. Schweizerischer Lehrerverein	Fr.	14.—
4. Beitrag für die Fortbildung	Fr.	8.—
	Fr.	118.50
5. Bern. Primarlehrerverein oder Bern. Gymnasiallehrerverein oder Bern. Seminarlehrerverein	Fr.	10.—
	Fr.	128.50
6. Sondermitglieder (Sondermitglieder BSV + Fr. 10.— und Sondermitglieder BPLV + Fr. 7.50)	Fr.	15.—

b) Prämien für die Lohnersatzkasse

1. *Lehrer*	Fr.	15.—
2. *Lehrerinnen*	Fr.	15.—
3. *Haushaltungslehrerinnen*	Fr.	15.—
4. *Gewerbelehrer*	Fr.	15.—
5. *Seminarlehrer*	Fr.	15.—

Die Sektionskassiere des *BMV* werden ersucht, folgende Beiträge für das Wintersemester 1983/84 zu erheben:

1. Zentralkasse (inkl. Prämie für die Haftpflichtversicherung)	Fr.	64.50
2. Abonnementsgebühr für das Berner Schulblatt mit SLZ und «Schulpraxis»	Fr.	32.—
3. Schweizerischer Lehrerverein	Fr.	14.—
4. Bernischer Mittellehrerverein	Fr.	15.—
5. Beitrag für die Fortbildung	Fr.	8.—
	Fr.	133.50
6. Bern. Gymnasiallehrerverein	Fr.	10.—
	Fr.	143.50
7. Sondermitglieder (Fr. 15.— für den BLV und Fr. 7.50 für den BMV)	Fr.	22.50

Die Kassiere sind gebeten, uns die Beiträge *unbedingt bis 15. November 1983* auf Postcheckkonto 30-107 zu überweisen.

Sekretariat BLV

Prélèvement des cotisations

Les caissiers de section de la *SEB* sont priés de prélever les cotisations suivantes (semestre d'hiver 1983/84):

a) Caisse centrale

1. Caisse centrale (y compris la prime pour l'assurance en responsabilité civile)	Fr.	64.50
2. Abonnement à l'«Ecole bernoise» et à l'«Educateur»	Fr.	32.—
	Fr.	96.50
3. Société pédagogique romande	Fr.	23.—
	Fr.	119.50
4. Société bernoise des enseignants primaires ou Société bernoise des professeurs de gymnase ou Société des maîtres aux écoles normales (BSV)	Fr.	10.—
	Fr.	129.50
5. Membres extraordinaires (Membres extraordinaires BSV + Fr. 10.— et membres extraordinaires SBEP + Fr. 7.50)	Fr.	15.—

b) Primes pour la Caisse de compensation de salaire

1. *Maîtres primaires*	Fr.	15.—
2. *Maîtresses primaires*	Fr.	15.—
3. *Maîtresses ménagères*	Fr.	15.—
4. *Maîtres aux écoles professionnelles*	Fr.	15.—
5. *Maîtres aux écoles normales*	Fr.	15.—

Le caissier de section de la *SBMEM* est prié de prélever les cotisations suivantes (semestre d'hiver 1983/84):

1. Caisse centrale (y compris la prime pour l'assurance en responsabilité civile)	Fr.	64.50
2. Abonnement à l'«Ecole bernoise» et à l'«Educateur»	Fr.	32.—
3. SBMEM	Fr.	15.—
	Fr.	111.50
4. Société bernoise des professeurs de gymnase	Fr.	10.—
	Fr.	121.50
5. Membres extraordinaires (Fr. 15.— pour la SEB et Fr. 7.50 pour la SBMEM)	Fr.	22.50

Les caissiers sont priés de nous faire parvenir le montant des cotisations encaissées *au plus tard jusqu'au 15 novembre 1983* (compte de chèques postaux 30-107).

Secrétariat de la SEB

Redaktion:
Christian Jaberg, Postfach 53, 3032 Hinterkappelen, Telefon 031 36 06 75.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française:
Yves Monnin, secrétaire adjoint SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.

AZ 3000 Bern 1

Druck und Spedition Eicher+Co. 1342–3001 Bern